

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 18

Artikel: Keine Tabula rasa
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093333>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Tabula rasa

Eine geschichtliche Plötzlichkeit dieser Art ist selten. Die sozialistische Ära dauerte bis zum 21. August mittags, und von diesem genauen Moment an war die postsozialistische Ära als konkrete Realität da. Die Sowjetordnung war wie weggeblasen, und die Sowjetunion hatte in flagranter Weise eine nur noch nominelle Existenz. Ein gleich doppelter Zusammenbruch von solcher Abruptheit im weitaus grössten Land der Welt ist an sich dazu geeignet, die schlimmsten Visionen von haltloser Abrechnung und heillosem Chaos zu beschwören. An dieser Normalerwartung gemessen aber ist das, was sich in den zehn Tagen danach abgespielt hat, insgesamt von einer solchen Manierlichkeit, dass man noch gar nicht dazu gekommen ist, sich nach Gebühr darüber zu wundern.

Selbstverständlich kann das schon in nächster Zukunft anders werden. Die Prognostizierbarkeit der Dinge ist an eine natürliche Schwelle gelangt. Man wusste, dass die bestehende und erodierte Ordnung dem Untergang geweiht war; man konnte sich wenigstens die Hauptvarianten seines Schwindens oder Verschwindens ausdenken, und schon diese lagen weit auseinander. Was aber danach kommen soll, ist eine neue Frage ganz und gar.

In dieser Nummer

Initiative und Verantwortung	4
Peter Sager zur Ära Gorbatschow	
Die drei Tage	6
Eine Putschchronik	
Aus der Sowjetpresse	7
Erste Stimmen nach dem 21. August	
Die neue Sicherheitsfrage	8
Ein Gastbeitrag von Albert A. Stahel	
Kollaps als Konsequenz	10
Zum Ende von System und Union	
Die Frage der Nationen	16
Ein historisches Schlüsselproblem	

Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass die Hypothek auf die Zukunft grösser ist als in Osteuropa. Wenn dort schon in kleinen Nationalstaaten mit geschichtlichen Wiederanknüpfungsmöglichkeiten an demokratische(re) Verhältnisse der Postsozialismus ganze Berge an Problemen sowohl aufgedeckt als auch aufgeworfen hat, lässt sich bei den geographischen und historischen Dimensionen der ehemaligen Sowjetunion eine Vermehrung der Probleme deshalb prognostizieren, weil es sich auch diagnostizieren lässt.

Zum Glück bedeutet das nicht, dass alle Dinge allen Beteiligten über den Kopf wachsen müssten. Im weit geöffneten Fächer der Potenzen hat sich die Entwicklung fürs erste näher bei der bestmöglichen Marke als bei ihrem Gegenstück angelassen. Und weil dabei einiges an Symptomwert zutage getreten ist, besteht trotz allem Mangel an Gewähr ein Grund zur Hoffnung, dass sich katastrophale Verhältnisse werden vermeiden lassen. Das ist schon etwas, auch wenn es zu mehr nicht reicht.

Die offenen Fragen des nachsowjetischen Postsozialismus betreffen:

- die Nachfolgestaaten, ihre Wiedergruppierungen oder Neugruppierungen;
- die Integrationsfähigkeit der jeweiligen Einheiten oder Zusammenschlüsse nach innen und nach aussen;
- die ökologischen, institutionellen und wirtschaftlichen Altlasten;
- die jeweilige oder zusammenfassbare gesellschaftliche und politische Ordnung, verbunden mit der Frage nach der Befähigung zur Demokratie;
- die jeweilige oder zusammenfassbare Wirtschaftsordnung, verbunden mit der Frage nach der Befähigung zur Marktwirtschaft.

Das sind keine Fragen, die sich bloss rhetorisch stellen lassen. Sie sind in echter Weise offen. Indessen bedeutet das nicht, dass keine Gegebenheiten vorhanden und keine Indizien auszuwerten wären. In diesen Belangen nun fällt der provisorische Befund überraschend positiv aus.

Die Nachfolgestaaten

Mit dem Putsch und seinem Fehlschlag haben als natürliche Reaktion die Republiken damit angefangen, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Aber die hoffnungslose Zerstückelung ist damit nicht angesagt und wohl auch nicht gemeint.

Hoffentlich symptomatisch ist die einstweilige Klärung im Verhältnis der beiden Hauptnationen. Die Ukraine erklärte ihre Unabhängigkeit, Russland drohte mit Grenzrevisionen, und beide Seiten vereinbarten einen Kooperationsvertrag. Ein Weg zur Vernunft in minimaler Zeit.

Soweit sich die neuen Gliederungen erkennen lassen, haben sie mit einer Wiederfindung der Geschichte zu tun. Die Moldau beharrt auf ihrer Unabhängigkeit und behält sich eine Vereinigung mit Rumänien vor. Die baltischen Staaten werden in ihrer Freiheit unabhängig, entwickeln ihre nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und suchen via Skandinavien den Anschluss an Westeuropa, dessen bisherige politische Vorbehalte hinfällig geworden sind.

Die slawischen Stammlande Russlands, Weissrusslands und der Ukraine suchen eine Gemeinschaft, die wahrscheinlich weniger darstellt als eine Föderation und mehr als eine Konföderation. Die Kombination von jeweiligen Streitkräften mit einer gemeinsam bestellten Armee gibt da einen Fingerzeig.

Die noch nicht erwähnten Republiken reservieren sich vereinzelt oder gruppiert ein konföderatives Verhältnis zum slawischen Kernbestand einer neuen Union. Eine natürliche Gruppierung wären im Kaukasus Armenien und Georgien. Zur Lösung der Frage von Karabach, das zu Armenien kommen sollte, ist die Einsicht demokratischer Kräfte in Aserbaidschan vonnöten. Unmöglich ist sie nicht, weil jetzt keine kommunistischen Führer supernationalistisch tun müssen, um sich zu behaupten.

Die zentralasiatischen Republiken hatten (ohne das russisch besiedelte Nordkasachstan) die Region Turkestan gebildet. Sie könnte wiederentstehen. An der Zusammenarbeit mit Russland plus haben die Zentralasiaten ein eigenes wirtschaftliches Interesse.



Freude am Putsch-Ende («Krasnaja Swjesda», Moskau, 22.8.1991).

Die Integration

Man hat bis vor kurzem gegen die Unabhängigkeit der baltischen Staaten das Argument angeführt, dass sie wirtschaftlich völlig auf die Sowjetunion ausgerichtet seien und deshalb ohnehin keine echte Selbständigkeit erlangen könnten. Als ob die wirtschaftliche Autarkie eine Voraussetzung zur politischen Unabhängigkeit wäre. Nirgends sonst wird so etwas stipuliert. Tatsächlich hatte Russland, die RSFSR, mit Litauen gerade dann wirtschaftliche Kooperation beschlossen, als die Sowjetunion die rebellische Republik 1990 mit einer ökonomischen Blockade bestrafte. Wenn die Wirtschaftszusammenarbeit mit dem Baltikum möglich ist, bleibt sie es mit den andern Republiken erst recht.

Das grosse Problem ist ein anderes: Die vertikalen Integrationsstrukturen müssen durch horizontale ersetzt werden. Aber das ist im Laufe des letzten Jahres zum Teil schon in die Wege geleitet worden, und der Abbau des monströsen Verwaltungsapparates ist potentiell eine Entlastung, auch wenn die Schwierigkeiten momentan dadurch gehäuft werden.

Die Altlast

Der Zustand von Umwelt, Produktionsbetrieben und einem überall überblähten Verwaltungsapparat ist für die gesamte ehemalige Sowjetunion ein Sorgensyndrom erster Güte. Eine ehrliche Bestandaufnahme kann sehr wohl die schlimmsten Erwartungen übertreffen. Hier stellt sich eine gesamtcontinentale Aufgabe im gesamtcontinentalen Interesse.

Die Demokratie

Die demokratische Bewegung hat sich in sämtlichen Teilen des Territoriums installiert. Im europäischen (und russisch asiatischen) Teil der ehemaligen Sowjetunion ist sie die bestimmende politische Kraft und deckt sich mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheit. Das heisst nicht, dass man damit die gleichen institutionellen Vorstellungen verbindet wie hier oder überhaupt im Westen, aber der politische Impetus geht in Richtung auf Erlangung der Demokratie. Es ist ein Problem, die Strukturen demokratietauglich zu machen, und man nimmt es in Angriff.

Und die Bevölkerung? Ist sie demokratereif? Man hat eine Teilantwort darauf in den Putschtagen mit einer Deutlichkeit erhalten, die alle Erwartungen übertraf. Eine andere Teilantwort scheint mir bis jetzt noch wenig gewürdigt zu sein. Sie betrifft die unmittelbare Nachputschzeit. Sie lud zu Exzessen sozusagen ein, und diese unterblieben. Die Moskauer hätten das Zentralkomitee oder die Lubjanka stürmen können und taten es nicht. Das Beispiel ist vermehrbare. Die Leute haben sich nicht nur als handlungsfähig, sondern auch als vernünftig erwiesen.

Die Auflösung des ZK per Dekret und die Suspendierung der KP-Tätigkeit (oder das Verbot jener Partei anderswo): Indiz für neue Unduldsamkeit anstelle der alten? Nein. Das Vorgehen galt einer apparatbeherrschten Machtgruppierung, die keinen Faktor des demokratischen Lebens darstellte, sondern einen Faktor seiner Verhinderung. So ist die Massnahme gerechtfertigt. Einstweilen. Dass sie später überzogen wird, bleibt eine Gefahr, wie denn der kommende Alltag überhaupt. Alles in allem: Die Zweifel an der Demokratiefähigkeit der Bevölkerung sind nicht ausgeräumt, wohl aber erheblich kleiner geworden.

Die Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft hat in der Sowjetunion einen längst etablierten Vorläufer: die Schattenwirtschaft. Sie war notgedrungen verborgen und kriminalisiert, aber immerhin versehen mit einem Erfolgsausweis, den die lang gelegnete Realität erbracht hat. Das ersetzt die Einführung eines modernen Managements oder anderer funktioneller Mechanismen nicht. Indessen ist (wenigstens für die entsprechend aktiven Schichten) mental weniger aufzuholen, als gemeinhin angenommen wird, und das ist durchaus ein Grundlagenbeitrag.

Noch ein Wort zu den Kollektivbauern. Ihre privat betriebenen Nebenwirtschaften umfassten seinerzeit vier Prozent des genutzten Bodens und erbrachten fast ein Drittel des landwirtschaftlichen Ertragswertes.

Fazit: Alles wird schwer sein, aber manches kann auch gut herauskommen. ■

LIEBE LESER

«19. August 1991: Eine Apparatefabrik in Pskow erhält den Auftrag, dringend 250 000 Handschellen herzustellen und zu liefern.»

Dieser Eintrag, den die Chronik der Putschtage auf Seite 6 dieser Ausgabe enthält, zeigt auf seine schlaglichtige Weise, wie ernst gemeint der restaurative Staatsstreich jener Tage gewesen war. Sicherheitsdienst, Innenministerium und Armee, die alten Garanten der Sowjetmacht, hatten sich dazu zusammengetan; der Apparat von Partei, Parlament und Regierung war beim Unternehmen entweder dabei, oder unterstützte es mindestens passiv. Es war eine gewaltige Sache, die nach funktionierender Geheimhaltung in der Vorbereitung losbrach, und nach allen herkömmlichen Kriterien hätte sie wenigstens unmittelbar und technisch erfolgreich sein müssen. Dass sie tatsächlich nach fünf Dutzend Stunden und mit einem Minimum an Schaden platzte wie eine Seifenblase, ist von allen Imponderabilien abgesehen grundlegend darauf zurückzuführen, dass jene Kriterien bis dahin allesamt nicht mehr galten. Die Restauration bemühte sich um ein Objekt, das dazu nicht mehr taugte.

Den Tod von Sowjetsystem und Sowjetordnung hatten insbesondere die publizistischen Vertreter der demokratischen Opposition dort in den letzten zwei Jahren oft genug verkündet, wobei sie weniger an die momentane Buchstäblichkeit dachten als vielmehr an die Rettungslosigkeit des Ungetüms. Nun aber, da das im Denken bloss prinzipiell vorweggenommene Ereignis in seiner platten Tatsächlichkeit eingetroffen ist, sollte man trotz aller progressiv gewachsenen Einsicht, dass der Sozialismus als historisch überholtes Modell auch praktisch am Ende war, noch einmal innehalten.

Denn: Was sich am 21. August so unmöglich abrupt als Haufen von Schutt offenbarte, war immerhin eine Massgeblichkeit unserer Zeit und unserer Welt gewesen. Sie vertrat, mit wieviel Berechtigung auch immer, die alternative Vorstellung menschlicher Gemeinschaft seit rund 150 Jahren, und sie bestand real als expandierende Gegenordnung seit rund 75 Jahren. Ihr System war totalitär, wie auch ihr Anspruch an den Menschen total war. Und gescheitert ist sie existentiell daran, dass sich der homo sapiens nicht durch den homo sovieticus hat vereinnahmen lassen. Christian Brügger